



HESSISCHER LANDTAG

11. 06. 2019

Plenum

Antrag

**Frank-Tilo Becher (SPD), Lisa Gnadl (SPD), Ulrike Alex (SPD),
Wolfgang Decker (SPD), Dr. Daniela Sommer (SPD) und Fraktion**
Mindestvergütung für Auszubildende einführen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Hessische Landtag stellt fest, Ausbildung garantiert jungen Menschen eine sichere Zukunft und ein selbstbestimmtes Leben. Darüber hinaus sichern gut ausgebildete Menschen den Unternehmen Fachkräfte und dem Staat stabile Einnahmen in die Sozialversicherungssysteme.
2. Der Hessische Landtag fordert, dass der Lebensunterhalt während der Ausbildungszeit ordentlich abgesichert ist. Auszubildende tragen zur betrieblichen und gesellschaftlichen Wertschöpfung bei. Das sollte sich in ihrer Vergütung widerspiegeln.
3. Der Hessische Landtag stellt fest, dass bereits jetzt alle Betriebe verpflichtet sind, ihren Auszubildenden eine angemessene Ausbildungsvergütung zu zahlen. Dennoch ist die Vergütung in manchen Berufen oder Regionen zu niedrig.
4. Der Hessische Landtag begrüßt den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Modernisierung und Stärkung der beruflichen Bildung und fordert die Landesregierung auf, sich im Bundesrat für die Mindestausbildungsvergütung einzusetzen. Mit fortschreitender Berufsausbildung muss diese jährlich ansteigen. Eine höhere branchenübliche tarifliche Ausbildungsvergütung hat vor der Mindestausbildungsvergütung Vorrang.

Begründung:

Wer arbeitet oder eine Ausbildung macht, muss seine Lebenshaltungskosten decken können. Im Idealfall sorgen die Tarifparteien im Rahmen ihrer Tarifautonomie für ordentliche Ausbildungsvergütungen in den Tarifverträgen. Nicht tarifgebundene Ausbildungsbetriebe können diese nach derzeitiger Rechtsprechung allerdings um bis zu 20 % unterschreiten. Durch die Flucht aus der Tarifbindung und die Weigerung, neue Tarifverträge zu Ausbildungsvergütungen inklusive abzuschließen, gibt es immer noch eine viel zu große Zahl an zu niedrigen und unfairen Ausbildungsvergütungen. Deshalb ist die Forderung nach einer gesetzlichen Regelung für Mindestausbildungsvergütungen notwendig. Eine solche Mindestvergütung würde auch die Attraktivität der Ausbildung steigern.

Wiesbaden, 11. Juni 2019

Der Fraktionsvorsitzende:
Thorsten Schäfer-Gümbel

**Frank-Tilo Becher
Lisa Gnadl
Ulrike Alex
Wolfgang Decker
Dr. Daniela Sommer**